



KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom
Kantonsratspräsident

7. Dezember 2021
Bossart Rolf

A 575 Anfrage Lehmann Meta und Mit. über den Vollzug des Wasservogelschutzes auf den Luzerner Gewässern / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Meta Lehmann ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Meta Lehmann: «Entwaffnend ehrlich beantwortet der Kanton eine Frage von Kantonsrätin Meta Lehmann», hat es zur Antwort der Regierung in der «Surseer Woche» geheissen. Auf vier Seiten wird in dieser Antwort bestätigt, dass wir ein Problem mit dem Wasservogelschutz haben. Die Wassersportaktivitäten haben in den letzten Jahren in einem Ausmass zugenommen, mit dem niemand gerechnet hat, und weder die Behörden noch die bestehenden Schutzkonzepte waren darauf vorbereitet. Ich danke herzlich für die Auslegeordnung, trotzdem bin ich nicht zufrieden. Es wird bestätigt, dass insbesondere am Sempachersee die vorhandenen Markierungen der Schutzgebiete nicht ausreichen. Gemeint sind damit Schilder auf Pfählen am Ufer. Nur mit Bojen, steht in der Antwort, könne seeseitig die Sichtbarkeit der Schutzgebiete gewährleistet werden. Bojen gibt es dort aber bisher keine. Der Handlungsbedarf wurde erkannt, steht geschrieben. Aber irgendeine Handlung wird aus der Antwort nicht ersichtlich. Wegen des erhöhten Drucks auf die Tierwelt sei die Situation allenfalls neu zu beurteilen. Wieso macht man sich das jetzt nicht unmittelbar zur Aufgabe, sondern überlegt sich das allenfalls? Die Antwort bestätigt auch, dass eine mögliche Massnahme wäre, die Schutzzonen auch seeseitig sichtbar zu machen. Warum geht man diese Massnahme nicht an? Störungen und Missachtungen der Sperrgebiete haben gemäss Regierungsrat stark zugenommen. Weil es aber kein Kontrollkonzept, kein Monitoring und zu wenig Ressourcen für den Vollzug des Naturschutzes gibt, liegen dazu auch keine konkreteren Daten vor. Aus der Antwort lese ich heraus, dass auch bezüglich Vollzugsressourcen kein Ausbau geplant ist. Kurz: Der Handlungsbedarf sei erkannt, aber in den Antworten gibt es keinen Hinweis darauf, dass zugunsten des Wasservogelschutzes effektiv etwas gemacht wird. Ich erwarte aber, dass erste Schritte unternommen werden, um die Situation zu verbessern. Im Frühling, wenn die Wasservögel Junge haben, und im Sommer, wenn sie wegen der Mauser geschwächt sind, brauchen sie Gebiete, wo sie nicht ständig von Stand-up-Paddelnden und anderen Wassersportlerinnen aufgeschreckt werden. Die Antwort zeigt klar, dass die Schutzziele deutlich verfehlt werden, darum muss man jetzt über neue Prioritätensetzungen diskutieren. Ich habe mit dem Experten der Vogelwarte Sempach gesprochen. Gemäss der Vogelwarte sind es am Sempachersee genau zwei Gebiete, wo Markierungen dringend notwendig wären. Wir sprechen hier also nicht von Bojen entlang des ganzen Seeufers, sondern von zwei Bereichen. In der Antwort werden seeseitige Markierungen als Möglichkeit genannt, um die Schutzgebiete sichtbar zu machen. Viele Personen wissen aber gar nicht, was eine gelbe Boje bedeutet. Sie markiert eine Wasserfläche, die für Schiffe gesperrt ist. Je nach Zielgruppe ist es nicht damit gemacht,

farbige Bojen zu montieren, um Menschen aus Schutzgebieten fernzuhalten, da diese nicht selbsterklärend sind.

Simon Howald: Die GLP-Fraktion steht ein für den Schutz der Natur und Umwelt. Durch die wachsende Bevölkerung, die neuen zusätzlichen Freizeitaktivitäten in der Natur und nicht zuletzt auch durch die Corona-Situation hat sich der Nutzungsdruck auf die Natur und ihre Lebensgemeinschaften merklich erhöht. Ein Nebeneinander muss mehr und mehr koordiniert werden. Dies gilt selbstverständlich auch für die neuen Wassersportaktivitäten wie Stand-up-Paddling. Die GLP bevorzugt in den meisten Fällen Sensibilisierungen anstelle von Verboten. Deswegen unterstützen wir in diesem Fall den Ansatz, die sichtbaren Markierungen wasserseitig zu fördern, um die Sporttreibenden während der Ausübung des Stand-up-Paddlings auf die Auswirkungen hinzuweisen. Im Weiteren regen wir an, die wertvolle Zusammenarbeit mit Naturschutzverbänden beizubehalten oder sogar zu intensivieren. Dadurch können aus unserer Sicht in diesem Bereich effektive Fortschritte erzielt werden, ohne neue Verbote zu definieren. Auch der Regierungsrat kommt am Ende seiner Antwort zum Fazit «Der Handlungsbedarf ist erkannt». Deshalb fordern wir den Regierungsrat auf, die eingesetzten Ressourcen in diesem Bereich zu überprüfen und gegebenenfalls aufzustocken. Ausserdem stellen wir dem Regierungsrat die folgende Frage: Wie sieht die genaue Planung der Massnahmen für die nächsten Jahre aus?

Thomas Meier: Nicht nur Corona, sondern auch der Bevölkerungsdruck und der Hang zu mehr Bewegung und Outdooraktivitäten – was per se nicht schlecht ist – haben auf den Gewässern, in den Wäldern und in den Bergen sehr viel von der Natur abverlangt. Es muss nicht auf allen Seen ein so striktes Regime geben wie auf dem Baldeggersee, wo Baden und Wassersport nur in den markierten Badeanstalten gestattet ist. Die uneinheitliche Handhabung der Schutzzonen ist sicher nicht unproblematisch. Ich kann mir vorstellen, dass man je nach Dichte und Tiefe der Schilfgürtel zwei oder drei verschiedene Schutzzonen einführen könnte. Ein Beispiel dafür ist der Winkel in Horw, wo der Schilfgürtel sehr gut mit den gelben Bojen markiert ist, was gut funktioniert. Die Regierung hat den Handlungsbedarf erkannt. Es muss sicher eine Vereinheitlichung erfolgen. Die Antwort ist aus unserer Sicht in Ordnung.

Laura Spring: Ich danke dem Regierungsrat und der Dienststelle Landwirtschaft und Wald (Lawa) für die ausführliche Antwort auf diese wichtige Anfrage von Meta Lehmann. Den Wasservögeln helfen gute Gesetze nicht, wenn diese nicht umgesetzt oder unzureichend ausgeführt werden. Die Situation hat sich auf den Gewässern in den letzten zwei Jahren sehr schnell und stark verändert. Der Regierungsrat sagt, es bestehe Handlungsbedarf. Es ist aber die Frage, ob auch genügend Ressourcen bereitstehen, um diesen Handlungsbedarf auszuführen. Pro Natura hat in diesem Bereich viel Erfahrung, sie beobachtet die Situation vor allem auch auf dem Baldeggersee und den anderen Seen. Ihre Einschätzung bezüglich der aktuellen Situation fällt sehr deutlich aus. Es braucht ein grösseres Budget für Polizeirundgänge, ein genügend grosses Budget für die Personalressourcen beim Kanton, ein grösseres Budget für die kantonale Aufsicht und mehr Ausbildung für das Aufsichtspersonal. Mit Markierungen allein ist es noch nicht getan, es braucht begleitende Massnahmen. Die Arbeit der Lawa ist gemäss Pro Natura von sehr guter Qualität, aber es braucht dringend eine Anpassung bei der Quantität, damit der Schutz der Wasservögel auch mit dem veränderten Freizeitverhalten gewährleistet werden kann. Die G/JG-Fraktion unterstützt darum alle Massnahmen, die zu einem besseren Schutz der Wasservögel führen.

Sandra Meyer-Huwyl: Immer mehr Personen sind draussen in der Natur anzutreffen beim Wandern, Biken, Joggen, Schwimmen oder eben paddelnd im See. Freizeitaktivitäten sind momentan hoch im Kurs und auch gesundheitsfördernd, aber leider störend für unsere Natur, vor allem für die Tierwelt. Richtig ist, dass man die Erholungssuchenden informiert und sensibilisiert und auch die Naturschutzgebiete markiert, sodass die Schutzgebiete für jeden ersichtlich sind. Wie es aussieht, ist hier der Kanton auf vielen Ebenen tätig. Dem Anschein nach möchte man den Rangerdienst personell ausbauen. Einerseits kann man dies begrüssen, sofern es nötig ist. Andererseits hofft die SVP, dass die Landwirtschaft nicht noch mehr unter Beobachtung steht.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Der Druck auf die Natur nimmt generell zu, das zeigt sich auch bei den Gewässern und ist sicher auch ein Grund für die Anfrage. Wir setzen im Kanton Luzern primär auf Sensibilisierung. Das zeigt Wirkung, aber es braucht natürlich auch die erforderliche Akzeptanz, damit die Markierungen respektiert werden. Wie in der Antwort zu Frage 2 aufgezeigt, hat eine Abwägung zwischen der Fischerei und dem Naturschutz stattgefunden. Es wird ausgeführt, dass diesbezüglich vielleicht eine Neubeurteilung erforderlich ist. Insgesamt glauben wir, dass wir auf dem richtigen Weg sind, aber es kann sicher noch mehr unternommen werden, um die Gewässerräume effektiver und effizienter zu schützen.